



---

*Hallo & Willkommen!*

**Bundestagswahl 2021:**

**Was bedeuten die Wahlvorhaben für die Leasing- und Factoring-Branche?**

# Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Positionen von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP

01

Steuern

02

Rechtliche  
Rahmenbedingungen

03

Finanzierung und Mittelstand

04

Investitionen

05

Europa

06

Grundlegende Einschätzung

# Steuern

1

Investitionsklima  
Liquiditätssituation



# FOKUS: STEUERPOLITIK

- Verzicht auf Steuererhöhungen, schrittweise Abschaffung Soli und Verzicht auf neue Substanzsteuern (keine Liquiditätsbelastung, Substanz- auszehrung sowie Verschlechterung des Investitionsklimas)
- Thesaurierte U-Gewinne 25% Reform neutral
- Sozialabgaben-Deckel auf max. 40%
- Angemessene einheitliche KSt-BemGL
- Verbesserung der steuerlichen Verlustverrechnung (Erhöhung Höchst- betragsgrenzen beim Verlustrücktrag und -vortrag)
- Verbesserung Abschreibungsregeln (erneut degr. AfA für bwgl. WG des AV, Abschreibungsregeln für digitale Zukunftstechnologien verbessern)
- differenzierte Besteuerung unter Berücksichtigung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes
- steuerlichen Betriebsprüfungen beschleunigen und modernisieren

- Erhöhungen der ESt im oberen Tarifbereich (Investitionsklima)
- Erhalt des Soli, ESt (+3%) und Wiedereinführung der Vermögenssteuer (1%)
- Einführung einer nationalen Anzeigepflicht für „Steuer- gestaltungen“ könnte zu Kollateralschäden im Leasing- Mengengeschäft führen
- Abbau von klima- und umweltschädlichen „Subventionen“ (z. B. 1%- Dienstwagenbesteuerung)
- Abschaffung EU-Einstimmigkeits- prinzip in Steuerfragen (Einfluss auf nationalen Leasing-Rahmen)



- Umfassende Steuer- und Abgabenreform (ESt 100/45% 250/48%)
- 1% Vermögensteuer ab 2 Mio. € (Verschonung von Betriebs- vermögen erscheint verfassungsrechtlich bedenklich und konterkariert Ziel von mehr Steueraufkommen)
- Investitionen sollen zeitlich befristet degressiv mit mind. 25% abgeschrieben werden können (Abmilderung der Scheingewinnbesteuerungs- Problematik, aber Maßnahme degradiert die gemessen am tatsächlichen Wertverlauf optimale AfA-Methode zu einer kurzfristigen Konjunkturlilfe)
- Einheitliche EU-BemGL für KSt
- s. 1. letzte 3 Bullets bei SPD



- Unternehmensbesteuerung auf OECD-Durchschnitt senken (25%)
- Abschreibungsbedingungen verbessern (Entfristung degr. AfA, verkürzte AfA für digitale Güter (max. 3 J), Erhöhung Sofortabschreibung gWG)
- Spitzensteuersatz erst ab 90T€
- Komplette Abschaffung Soli
- Einheitliche EU-BemGL für KSt
- EU-Emissionshandel durch marktwirtschaftlichen Zertifikatehandel statt Lenkung über CO<sub>2</sub>-Steuern

# Rechtliche Rahmenbedingungen

2

Wettbewerb  
Bürokratie  
Geldwäsche



# FOKUS: RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

- Bürokratieabbau („Mentalität des Machens“, d.h. Freistellung von Bürokratie im Gründungsjahr, danach auf ein Mindestmaß reduzieren)
- Bürokratieentlastung, indem die Schwellenwerte für die Abgabe von USt-Voranmeldung erhöht und die Ist-Versteuerung ausgeweitet werden
- Für jedes neue Gesetz, sollen zwei alte abgeschafft werden (One-in-two-out)
- Datenschutz kein „Super-Grundrecht“
- Erfolgskontrolle, Praktikabilität und Erfüllungsaufwände von Gesetzen durch einen Praxis-Check bei frühzeitiger Beteiligung der Wirtschaft
- Arbeitszeit flexibler: Anstelle der täglichen eine wöchentliche Höchstarbeitszeit
- Schaffung einer neuen unabhängigen EU-Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in Frankfurt a. M.

- Verschärfung in Aufsicht / Sanktionierung von Verstößen: Datenschutzgrund-VO muss in ihrer Durchsetzung praxisnah verbessert werden
- Fokus Geldwäscheprävention durch mehr Kompetenzen der BaFin bei Geldwäscheaufsicht, zunehmender Regulierungsdruck



- Betriebliche Mitbestimmung zu ökologischer Transformation ausbauen
- Mindestlohn erhöhen; Gender-Gap schließen durch Berichtspflichten auch für kleine Betriebe
- keine Befristung von ArbV ohne sachlichen Grund
- Wahlarbeitsstunden (30/40) bei flexiblen Arbeitszeitkorridor
- Herstellerverpflichtungen zu Produkten, Gütern, Material, Recyclingfähigkeit etc. (Produktpass); ggf. Informationspflichten und Haftung auch für Finanzierer
- Finanzaufsicht soll aktivere Rolle im Kampf gegen Geldwäsche spielen



- Bürokratieentlastung (Entfesselungspakt) durch schlankere Vergabe-, Register- und Informationsbestimmungen
- Ebenfalls One-in-two-out-Ziel
- Rechtsordnung soll KMU unterstützen
- Zahlungsmoral-Offensive der öffentlichen Hand zur Stärkung der KMU

# Finanzierung und Mittelstand

3

Investitionen  
Finanz- und Bankensektor



# FOKUS: FINANZIERUNG UND MITTELSTAND

- Rahmenbedingungen des Mittelstandes verbessern
- Kreditversorgung des Mittelstands nicht aufgrund überzogener regulatorischer Anforderungen unnötig einschränken
- Finanzplatz Deutschland stärken: Deutschland soll zum führenden Finanzstandort, insbesondere für nachhaltige Produkte, ausgebaut werden (Refi-Chance)
- Staatliche und private Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz fördern
- Fokus auf Produktzyklus: Wegwerfgesellschaft beenden, Kreislaufwirtschaft stärken
- Planungsprozesse beschleunigen: Verwaltung digitalisieren

- Betonung des sozial-ökologischen Gesellschaftsvertrages und eines klimaneutralen Staates sowie Konkretisierung zahlreicher Konsumausgaben des Staates lassen massiven Anstieg der staatl. Verbindlichkeiten erwarten
- Finanzierung über staatliche Akteure: KfW soll „Investitionsagentur“ werden (Rolle anderer Bankensäulen unklar); ggf. Diskriminierung von Leasing und marktwirtschaftlichen Finanzierungsinstrumenten



- Bekenntnis zu sozial-ökologischer Marktwirtschaft
- Zurück zum „boring banking“: Investment- vom Einlagen- und Kreditgeschäft trennen
- Einfachere Regelungen für kleine Banken und Entflechtung „zu großer Banken“ könnte Ansätze zu leasing-spezifischer Aufsicht bieten, dennoch Betonung einer harmonisierten europäischen Wirtschafts- und Fiskalpolitik sowie Regulierung der Finanzmärkte und von FinDL
- Sektorale staatliche Strukturförderung (Förderprogramme)
- Förderung von Unternehmen als Genossenschaften und Sozialunternehmen
- Subsidiaritätsansatz, weniger Bürokratie



- Setzt auf Investitionen der Privatwirtschaft
- Investitionsanreize für Mittelstand statt staatliche Regulierung (Beteiligungsbremse für Staat/Begrenzung)
- Subsidiarität und Entbürokratisierung
- Marktwirtschaftliche Anreize bei Nachhaltigkeit statt planwirtschaftliche Verbote
- Erhalt von Förder- und Landesbanken

# Investitionen

4

Mobilität  
Technologie  
Kreislaufwirtschaft



# FOKUS: INVESTITIONEN

CDU CSU

- Fokus Klimapolitik auf Technologie-offenheit und Innovation
- Ausweitung von Wasserstoff als klimaschonenden Energieträger
- Stromverbilligung durch Abschaffung der EEG-Umlage
- Befreiung bei Speicherstrom von Umlagen und Entgelten
- Bekenntnis zu Mobilität mittels PKW: Ablehnung von Dieselfahrverboten und generellem Tempolimits
- Nachhaltige Mobilität für mobile Branchen fördern wie Taxi-, Fahr- und Lieferdienste
- Ladeinfrastruktur bei gewerblichen / öffentlichen Neubauten
- Stärkung der europäischen Industrie (KI, Quantentechnologie, Halbleiter, Wasserstoff oder Blockchain) und Investitionen in erneuerbare Energien (mittels Leasing?)

SPD

- Fokus auf öffentlichen an Stelle von privatwirtschaftlichen Investitionen
- Stärkung staatlicher Sozialversicherungssysteme
- Direkte Investitionsförderung soll Umstieg auf klimaschonende Produktionsprozesse erfolgen
- Mobilitätsplan 2030 zielt auf klimaneutrale Busse, Bahnen und Flotten ab (Einbeziehung von Leasing in öffentliche Investitionen fraglich)
- Unterstützung von Digitalisierung setzt weiterhin nur auf Anschaffung
- Investitionen der Kommunen fördern durch öffentliche Kredite für Anschaffung (Platz für Leasing fraglich)
- Bereich erneuerbare Energien stärken



- Stärkung ÖPNV und Abkehr vom Individualverkehr belastet PKW-Leasing (auf den CO2-Ausstoß kommt es nicht zwingend an)
- Investitionsoffensive für klimafreundliche/emissionsfreie Investitionen mit staatlichen Anreizen (Förderprogramme, Flotten, Dienstwagen, Ladeinfrastruktur, Wasserstoff, Solar, grüne Technologien)
- „Subventionen“ von Dienst- und Firmenwagen beenden
- Staatliche Zuschüsse/Förderung beeinflussen Marktfinanzierungsmechanismen (Leasing berücksichtigt?)
- Förderung der Reparatur- und Recyclingindustrie (Ziel: lange Nutzung)



- Ökonomie und Ökologie verbinden: Marktwirtschaftliche Anreize bei Nachhaltigkeit statt planwirtschaftliche Verbote
- Verkehr und Antriebsart voneinander trennen, aber Fokus auf Objekt
- Ausbau von Schnelladesäulen und Bezahlstrukturen
- Digitalisierung der Verwaltung
- KI, Machine Learning und Robotik ausbauen
- Investitionen des Staates steigern, dennoch Schwerpunkt auf privaten Investitionen (25% des BIP ab 2025)

# Rolle und Bedeutung von EU-Themen

5

Lieferkette  
Insolvenzrecht



## FOKUS: EU-THEMEN



- Taxonomie und Nachhaltigkeitsberichterstattung sollen für mittelständische Unternehmen präzisiert und in globale Wettbewerbsanalysen einfließen
- EU-Regelung für Lieferketten muss dt. Lieferkettensorgfaltsgesetz im EU-Binnenmarkt europaweit durchsetzen, aber nicht verschärfen (gegen unpraktikable Regelwerke und für faire Wettbewerbsbedingungen)
- A1-Bescheinigung für die Entsendung von AN ins EU-Ausland soll praxistauglich sein, vor Missbrauch schützen und gleichzeitig unbürokratisch und digital sein
- ESM, Banken- und Kapitalmarktunion sollen unter Stabilitätsaspekten weiterentwickelt und vollendet werden (Harmonisierung des InsR)
- Bekenntnis zu dt. Drei-Säulen-Bankensystem



- Fokus auf deutsche und europäische Digitalwirtschaft auf allen Technologie-Ebenen und entlang der gesamten Wertschöpfungskette bei datenbasierten Geschäftsmodellen lässt Auswirkungen / Regelungen auf verschl. Leasing-Service Modelle erwarten
- Europäischer Kapitalmarkt / Vollendung der Bankenunion mit europ. Vorgaben zu Insolvenzverfahren und Kompetenzen der EU-Aufsicht
- Monopolistische EU-Medienplattform statt private Angebote: Zunehmende Regulierung im Bereich IT/Digitalisierung



- Verschärfung der unternehmerischen Verantwortung für Lieferketten; zivilrechtliche Haftung, auch für kleine Unternehmen
- Umfassende Transparenz im Kampf gegen Geldwäsche (EU-Transparenzregister)
- Ablehnung von Handelsabkommen und umweltschädlichen Abkommen
- Umwelt- und Sozialkapitel für Unternehmen rechtverbindlich und sanktionierbar machen
- Recht auf Reparatur
- EU-Standards und Regelungen zu nicht-personenbezogenen Daten (einschl. kartellrechtliche Überprüfung von Daten, -nutzung, -weitergabe)



- EU-Emissionshandel ausbauen
- Regelungen zur Verantwortung in der Lieferkette dürfen nicht zur Verzerrung des dt./europ. Wettbewerbs führen (keine Benachteiligung der dt./europ. Wirtschaft)
- EU-Wettbewerbsordnung zum Schutz von KMU
- Regulierung eines europäischen digitalen Binnenmarktes
- Technologien EU-weit voranbringen

# Grundlegende Einschätzung/ Weitere relevante Punkte

6

Medien  
Wahlergebnis



# GRUNDLEGENDE EINSCHÄTZUNG

## SPD UND GRÜNE

Relativ große Übereinstimmung der steuerpolitischen Vorhaben von SPD und Grünen; Chancen auf Umsetzung wohl nur innerhalb einer grün-rot-roten Koalition.

## SPD

Ein Regierungsbeteiligung der SPD wird tendenziell Investitionen mittels öffentlicher Kredite forcieren. Privates Kapital wird eher kritisch gesehen, dies sollte auch für Leasing gelten.

## CDU/CSU-PROGRAMM

Insgesamt zeigt der steuerpolitische Teil des Union-Programms eine stringente Umsetzung der Strategie, mit Hilfe von Steuersenkungen über eine dadurch induzierte Wirtschaftsbelebung am Ende sogar mehr Steuereinnahmen zu erzielen („Laffer-Effekt“).

Unternehmerfragen werden stärker hervorgehoben als bei der FDP und positiver berücksichtigt als in der aktuellen Regierung.

Auffallend ist das Ausmaß der Parallelen zum steuerpolitischen Programm der FDP.

## FDP

Mit Abstand am wirtschaftsfreundlichsten. Wieviel sich davon in Koalitionsregierungen umsetzen lässt, hängt v.a. von Einflussmöglichkeiten der FDP (Wahlerfolg) in einer Regierung ab.

## GRÜNE

Setzen auf umfassendste Erneuerung der Volkswirtschaft; höhere Konzentration auf administrative Abläufe, Anpassungen und höhere Kosten, zugleich das größte Investitionspotenzial aber in einem „starken Staat“.

Bundesverband  
Deutscher Leasing-  
Unternehmen e. V. (BDL)

Markgrafenstr. 19  
10969 Berlin  
[www.leasingverband.de](http://www.leasingverband.de)